

KOMMUNAL

GEMEINDEN. GESTALTEN. ÖSTERREICH.



Das Magazin des
Österreichischen
Gemeindebundes

Finanzausgleich steht im Raum

Finanzminister Hans Jörg Schelling erwies sich im Hinblick auf den kommenden Finanzausgleich als Partner der Gemeinden. Seine Kernaussage: „Eine Aufgabenreform tut Not.“

Seite 22

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser!



Mehr als 14.000 Quadratmeter Fläche, rund 200 Aussteller und zahlreiche Besucher aus Österreichs Gemeinden – die KOMMUNALMESSE 2015 hat in jeder Hinsicht Rekorde gesprengt. Die Zukunftsforen des Mittwochs, die zahlreiche Besucher in ihren Bann gezogen haben, diskutierten spannende Fragen der Standortpolitik.

Aber vor allem die zahlreichen innovativen Angebote der Kommunalwirtschaft trafen – und treffen – den Geschmack der Delegierten aus praktisch allen Gemeinden Österreichs. Auf den folgenden Seiten berichtet KOMMUNAL tagesaktuell über die ersten beiden Tage der Messe und des 62. Österreichischen Gemeindetages. Auch das übrigens ein neuer Rekord: Noch nie hatten wir eine derartige Sonderausgabe mit 24 Seiten produziert.

Die KOMMUNALMESSE hat sich damit einmal mehr als die Plattform zwischen Politik und Wirtschaft erwiesen. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Schmökern in dieser Ausgabe, viel Erfolg für den heutigen Gemeindetag und viel Spaß beim Besuch der KOMMUNALMESSE 2015.

Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunalverlag

INHALT

KOMMUNALMESSE

Drei Zukunftsforen suchen Antworten **6 8 10**

Experten diskutierten Standortfaktoren für die Bereiche „Infrastruktur“, „Verwaltung“ und „Gesundheit“.

Jede Menge Action am ersten „Action Day“ **15**

Jede Menge Maschinen gab es zum Testen auf dem Freigelände der KOMMUNALMESSE.

Und der IMPULS geht an ... **16**

Der große Innovationspreis des Jahres 2015 geht nach Kärnten. Alles über die Preisverleihung und alle Sieger.

GEMEINDETAG

Bundsvorstand diskutiert die „Fragen der Zeit“ **12**

„Gesunde Gemeinde – Lebenswerte Zukunft“ im Zeichen von Finanzausgleich und Asyldebatte.

Finanzausgleich und Asyl **13**

Die Resolution des 62. Österreichischen Gemeindetages stellt klare Forderungen an Bund und Länder.

Gerechte Verteilung der Mittel gefordert **22**

Finanzminister Hans Jörg Schelling über den Finanzausgleich, das Rechnungswesen und die Auswirkungen der Steuerreform.

Wenn nicht andere angeführt, alle FOTOS / Roland Schuller, office@bkf.at

KOMMUNALMESS2015

LEBENSWERTE GEMEINDEN GESTALTEN



„Unsere Aufgabe als Politiker und Verantwortliche in der Wirtschaft ist es, Menschen miteinander zu verbinden – durch Straßen, Schienen und jetzt auch durch das Internet.“ Das sagte Infrastrukturminister Alois Stöger bei der Eröffnung der Kommunalmesse.



- 1** Martin Heimhilcher (WKÖ), Infrastrukturminister Alois Stöger und Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer mit Kommunalverlags-Chef Michael Zimper bei der Eröffnung.
- 2** Burgenlands Landesrätin Astrid Eisenkopf informierte sich bei Handler-Bau über das Raumlösungs-System Kubo.
- 3** Sichtlich angetan vom Stand von Kommunal-Bedarf: Minister Stöger und Landesrätin Eisenkopf.

- 4** Auch Ski-Star Thomas Sykora war für die Firma Vero unter den Ausstellern
- 5** Apothekerkammer-Chef Max Wellan begrüßt Alois Stöger.
- 6** Die Kommunal-Akademie NÖ freute sich über den Besuch von Alois Stöger.

Stöger gab damit eine Vorschau auf das KOMMUNAL Zukunftsforum, das sich in drei Podiumsdiskussionen mit den Standortfaktoren „Infrastruktur und Technologie“, „Bürgernähe und Servicequalität“ sowie „Gesundheit“ befasste. „In der täglichen Arbeit in der Gemeinde fehlt es oft an der Zeit, einen Schritt zurück zu machen, um einen besseren Blick auf die Herausforderungen der Zukunft zu machen. Diese Zeit wollen wir uns beim Zukunftsforum nehmen“, sagte Kommunalverlag-Chef Michael Zimper. Martin Heimhilcher, Spartenobmann der Wirtschaftskammer, ging auf die steigende Bedeutung von Ein-Personen-Unternehmen ein. Diese sind in Wien mittlerweile die größte Mitgliedergruppe in der Wirtschaftskammer. Aber auch auf dem Land nimmt die Bedeutung dieser Kleinstunternehmen ständig zu. Gerade im ländlichen Raum, wo es oft an Arbeitsplätzen mangelt, sind immer mehr Menschen gezwungen, sich ihren Job selbst zu schaffen. „Diese jungen und innovativen Unternehmen müssen wir unterstützen“, so Heimhilcher. ●

MESSERUNDGANG

DREI MINISTER UND 200 STÄNDE

Infrastrukturminister Alois Stöger eröffnete am Mittwoch nicht nur die KOMMUNALMESSE 2015, er führte auch den ersten Rundgang an – und bewies neben enormem Fachwissen auch eine ordentliche Portion Humor.



1 Erste Station von Infrastrukturminister Stöger auf seinem Rundgang war der Riesenstand des Infrastrukturministeriums. Hier mit Burgenlands Landesrätin Astrid Eisenkopf (3. v. l.) und Franz-Reinhard Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindetages (3. v. r.).

2 Ernste Gespräche warteten auf Innenministerin Johanna Mikl-Leitner. Hier mit den Gemeindebund-Vizes Rupert Dworak und Alfred Riedl sowie Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer.



4



3 Interessante Vorträge gab es bei den Open-Space-Foren. Hier informiert Johannes Duschek über den richtigen Brückenbau.

4 Alois Stöger informiert sich bei der „Sprechenden Straße“.

5 Alte Bekannte aus Oberösterreich: Hans Grassegger, Urgestein der E-Werke-Wels, zeigt Alois Stöger „seinen“ Messestand. Rechts Michael Zimmer, Chef des Komunal-Verlags.

6 Trotz knapper Zeit ließ es sich Finanzminister Schelling nicht nehmen, einen Sprung auf die Messe zu schauen.



6



7 IT-Wirtschaft und E-Government waren Themen am Stand von Kapsch Buseinsscom AG.

8 Ein Pflichtbesuch war der Stand des Elektromobilitätsdienstleisters Smatrix.

9 Wirtschaftskammer-Boss Christoph Leitl nutzte die Gelegenheit für ein Gesundheits-Workout beim Uniqa-Stand.



8



9



10

10 Perfekte Haltung zeigte Helmut Mödlhammer beim Eisstockschießen am Stand von Kommunalbedarf.

11 Helmut Mödlhammer begrüßt Christoph Leitl auf der KOMMUNALMESSE.

12 Kein Kuschelhund: Der Diensthund der Wiener Polizeihundestaffel und Minister Stöger begrüßten einander dennoch vorbildlich.



12

BILDERGALERIE
Mehr Eindrücke von der Kommunalmesse finden Sie auf www.kommunal.at



KOMMUNAL ZUKUNFTSFORUM
Mittwoch, 9. September 2015, Messe Wien, Halle C

ZUKUNFTSFORUM 1

KEINE INDUSTRIE 4.0 OHNE BREITBAND

Beim Thema Infrastruktur und Technologie drehte sich alles um Digitalisierung. Sei es im Privaten, im Beruf, in der Gemeinde oder der gesamten Region.

Vier völlig verschiedene Diskutanten, das Thema Infrastruktur und Technologie aus vier völlig verschiedenen Blickwinkeln betrachtend, kamen beim ersten Zukunftsforum zu einem erstaunlich übereinstimmenden Resümee: Der Zugang zu High-Speed-Internet ist essentiell, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten (und in manchen Regionen bereits wiederzuerlangen), Abwanderung vorzubeugen, und im Privaten, den Menschen den Lebensstandard zu bieten, den ihnen die Technologie heute ermöglicht. Besonders Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, aber auch der Trendforscher und Geschäftsführer des Zukunftsinstituts Harry Gatterer, betonten dabei aber auch, die menschliche Komponente nicht zu vernachlässigen. „Breitband ist für uns eine Lebens- und Überlebensfrage“, stellte Mödlhammer klar, pochte aber auch darauf, dass „die Gesellschaft nicht durch Technologie funktioniert, sondern durch Menschlichkeit!“ Das sich Gegenüberstehen und sich direkt in die Augen sehen sei enorm wichtig und unersetzbar. Ähnlich sieht es auch Gatterer, für den „Technologie kein Selbstzweck“ ist. Um die Bedeutung von Breitbandversorgung auch in entlegenen und dünn besiedelten Regionen speziell für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit waren sich alle Diskutanten einig. Der stellvertretende Fachverbandsobmann der Immobilienrethändler der WKO, Gerald Gollenz, etwa meinte, dass die Auswahlkriterien bei Immobilienentscheidungen (die drei L = Lage, Lage, Lage) mittlerweile durch Infrastrukturüberlegungen ergänzt wurden. Jegliche neue Wohnung, jedes neue Gebäude bräuchte zumindest eine Leerverrohrung, um verkäuflich zu sein. Stichwort



WKÖ-Fachverbands-Obmann Gerald Gollenz, Trendforscher Harry Gatterer, Infrastrukturminister Alois Stöger und Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer diskutierten über die Standortfaktoren „Infrastruktur“.

„Wir müssen das Gleichgewicht zwischen ländlichen und Zentralräumen herstellen.“

Helmut Mödlhammer,
Präsident Gemeindebund

Leerverrohrung: Bundesminister Alois Stöger, verantwortlich für Infrastruktur und Technologie, verwies auf die Breitbandmilliarde und unterstrich, dass das Bundesministerium 50 Prozent der Investitionskosten übernimmt. Speziell bei Leerverrohrungsvorhaben werden Gemeinden allen anderen Antragstellern gegenüber bevorzugt. Noch diesen Herbst kommt die zweite Runde der Leerrohrförderung (weitere Fördermöglichkeiten sind nur noch von der EU abzusprechen). Stöger zeigte sich überzeugt, dass Datenhighways die Straßen der Zukunft seien. Sie sind auch notwendig, um die vielbeschworene „Industrie 4.0“, also die digitalisierte Industrie mit individueller statt Massenproduktion sowie optimierter Logistik und Ressourcennutzung österreichweit zu ermöglichen. Der Breitbandausbau habe daher hohe Priorität, denn noch immer ist die Anbindung laut Mödlhammer in einem Drittel der Gemeinden hunds miserabel. Stöger rief in dem Zusammenhang jeden dazu auf, die Beratung des Breitbandbüros zu nutzen. ●



- 1 Begrüßung auf der KOMMUNALMESSE: Gemeindebund-General Walter Leiss, Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, Michael Zimper und Reed-Messe-Wien-Manager Benedikt Binder-Kriegelstein.
- 2 Beim Stand von Hawle erkundigte sich der gelernte Maschinenschlosser Alois Stöger genau über den Stand der Technik.
- 3 Niederösterreicher unter sich am Niederösterreich-Stand: Rupert Dworak, Johanna Mikl-Leitner und Alfred Riedl.
- 4 Wenn der ORF fragt, findet sich immer Zeit für ein Interview.



- 5 Einen genauen Blick warf Infrastrukturminister Stöger auf die Angebote der Post.
- 6 Wirtschaftskammer-Boss Christoph Leitl und zwei der charmanten KOMMUNAL-Mädels.





KOMMUNAL ZUKUNFTSFORUM

Mittwoch, 9. September 2015, Messe Wien, Halle C

ZUKUNFTSFORUM 2

FACEBOOK & CO EROBERN AUCH DIE GEMEINDEN

Wenn Bürger Verwaltungsakte elektronisch erledigen, dann sollten sie nur die Hälfte der Abgaben oder Steuern, die anfallen, bezahlen müssen. Mit diesem Vorschlag ließ Bundesratspräsident Gottfried Kneifel bei der Podiumsdiskussion zum Thema „Bürgernähe und Technologie“ aufhorchen.

Natürlich, musste Kneifel eingestehen, sei das wegen des Rechtes auf Gleichbehandlung nicht einfach umzusetzen, aber schließlich würden bei elektronischen Eingaben auch geringere Kosten anfallen, z. B. wenn Anträge für die Arbeitnehmerveranlagung via Internet eingebracht werden.

Dass die Kommunikation der Verwaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend auf elektronischem Weg erfolgen wird, ist offensichtlich. Sie ist nicht nur schneller, sondern in vielen Fällen auch effizienter. „Ein gutes Beispiel ist die Organisation der Flüchtlingshilfe am vergangenen Wochenende“, brachte Ulrike Huemer von der Gemeinde Wien ein aktuelles Beispiel. „Dank Internet und anderer moderner Kommunikationswege ist es gelungen, Menschen, die helfen wollten, dorthin zu lenken, wo sie das am besten tun konnten.“

Einen anderen Aspekt der Flüchtlingshilfe brachte Franz-Reinhard Habel vom Deutschen Städte- und Gemeindebund in die Diskussion ein. „Die meisten Flüchtlinge haben ein Smartphone. Das eröffnet neue Wege, wie man von Seiten der Gemeinde mit ihnen kommunizieren kann.“

Aber auch wenn die elektronische Kommunikation immer wichtiger wird, wird das Gemeindeamt eine wichtige Anlaufstelle bleiben. „Der persönliche Kontakt ist den Menschen nach wie vor wichtig“, berichtete der Stadtamtsdirektor von Waidhofen an der Ybbs, Christian Schneider, aus seiner Erfahrung.

Beim Stichwort „Bürgernähe“ war man sich einig, dass Gesetze, aber auch Texte der Verwaltung oft viel zu kompliziert formuliert sind.



Franz-Reinhard Habel (DStGB), Franz Haugensteiner (FLGÖ), Christian Schneider (Stadt Waidhofen), Ulrike Huemer (Stadt Wien), Bundesratspräsident Gottfried Kneifel

„Es ist uns gelungen, Menschen, die helfen wollen, dorthin zu lenken, wo sie das können.“

Ulrike Huemer
über den Einsatz elektronischer Medien bei der Flüchtlingshilfe.

Gerade die Kommunikation über soziale Medien brauche eine andere Sprache. Das sei durchaus im Sinne der Bediensteten in den Gemeinden, meinte Franz Haugensteiner, Obmann des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten, denn „90 Prozent der Kommunen haben keinen ausgebildeten Juristen in der Verwaltung.“ Das Problem dabei sei vor allem in der Hochbürokratie zu suchen, vermutete Bundesratspräsident Kneifel. In allen Ministerien gebe es Rechtsabteilungen, die Gesetzesentwürfe in ihrer eigenen Diktion verfassen. Da spiele auch die Angst mit, dass ein Gesetz vielleicht unpräzise sein könnte. Die Kommunikation via Facebook und Co bringe auch hier neue Herausforderungen für Verwaltungsmitarbeiter, meinte Magistratsdirektor Schneider. Etwa wenn es darum gehe, inwiefern Anfragebeantwortungen rechtsverbindlich sind. ●



1



2



4



3



5



6

- 1 Männer-Spielzeug: Staatssekretär Mahrer und Wiens VP-Obmann Manfred Juraczka testeten die Profi-Geräte von Husqvarna.
- 2 NÖ-Kommunal-Akademieleiter Harald Bachhofer, Ministerin a. D. Karin Gastinger und FLGÖ-Bundesobmann Franz Haugensteiner am Stand der Hypo NÖ.
- 3 Bestens gelaunt erschien Kärntens Landesrätin Gaby Schaunig auf der KOMMUNALMESSE.

- 4 Bürgermeister Bernhard Sadivnik aus Globasnik in Kärnten, Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, Christoph Leitl und Helmut Mödlhammer.
- 5 Charmanter Empfang bei der Kommunalkredit.
- 6 Christoph Leitl im Gespräch mit GemDat-NÖ-Chef Franz Mandl.



KOMMUNAL ZUKUNFTSFORUM
Mittwoch, 9. September 2015, Messe Wien, Halle C

ZUKUNFTSFORUM „STANDORTFAKTOR GESUNDHEIT“

NEUAUSRICHTUNG DER PRIMÄRVERSORGUNG

Die Spitzen der Gesundheitsinstitutionen in Österreich sind sich einig über den notwendigen Wandel, aber uneins über dessen Ausgestaltung.

Beim Zukunftsforum „Standortfaktor Gesundheit“ forderten die Spitzen des österreichischen Gesundheitswesens, unter ihnen der Hauptverbandsobmann der SVA, Peter McDonald, der Präsident der Ärztekammer, Max Wellan, und der Sprecher der PatientenanwälInnen, Gerald Bachinger einen Wandel der Primärversorgung in Österreich.

Bachinger richtete einen Appell an die Bürgermeister Österreichs. Sie mögen eine Resolution verabschieden, die die Umsetzung des bereits im Juni beschlossenen „Konzepts zur multiprofessionellen und interdisziplinären Primärversorgung in Österreich“ zum Ziel habe. Dieses sei inhaltlich hervorragend, laufe aber Gefahr, niemals umgesetzt zu werden.

McDonald wünscht sich mehr Präventionsarbeit, denn „bei Reperaturmedizin sind wir in Österreich sehr gut aufgestellt“. Mit seinem Ziel, die durchschnittliche Gesundheitsdauer zu erhöhen, stimmte Ursula Frohner (Präsidentin des Gesundheits- und Krankenpflegeverbandes) überein. Darüber hinaus fordert sie die (Wieder-)Einführung der „Gemeindeschwester“ in modernisierter Form.

Von Seiten der Ärztekammer und des Bundesministeriums kam der Rat an die Gemeinden, gute Bedingungen für Gruppenpraxen zu schaffen. Diese, gemeinsam mit Erstversorgungszentren, würden die klassischen Einzelpraxen ablösen.

„Die Einzelordination am Land ist kein guter Business Case mehr“, sagt der Sektionsleiter im BM für Gesundheit Clemens Auer. Die Wohnort- und Bürgernähe sowie die Qualität stehen in einem Spannungsverhältnis. Nicht jede Ortschaft benötige einen eigenen Arzt. Auer kann sich die reine Einzelordination in 20 Jahren nicht mehr

» Die Postleitzahl ist entscheidend für die Gesundheit.“

Max Wellan,
Präsident der Apothekerkammer

Patientenanwalt Bachinger pocht auf die Umsetzung des Konzepts „Das Team rund um den Hausarzt“.

vorstellen. Stattdessen werde es Versorgungszentren geben. Schon jetzt gäbe es das Problem der fehlgeleiteten Patientenströme, das darin begründet liegt, dass die Patienten selbst lieber im Sinne eines One-Stop-Shops eine Krankenhausambulanz aufsuchen, selbst wenn sie dort stundenlang warten müssen, dafür aber das Gefühl haben, dort eine Konzentration an Profis vorzufinden. Auer ist der Meinung, dass die Hausärzte nicht erkennen, dass die Kunden an ihnen vorbeilaufen und zu anderen Dienstleistern gehen. Auch deshalb, da man bei Ambulanzen vierundzwanzig Stunden am Tag, an sieben Tagen in der Woche jemanden antreffe, während ein praktischer Arzt zu unregelmäßigen Tageszeiten nur 20 Stunden pro Woche erreichbar sei. Ein Wandel in der Ärztelandschaft könnte sich zudem schneller vollziehen, da knapp die Hälfte aller praktischen Ärzte in Österreich schon über funfundfünfzig Jahre alt sind. ●



- 1 Diagnose: Fit für den Gemeindetag. Helmut Mödlhammer am Stand der Apothekerkammer, der mit Gesundheits-Checks lockte, die nicht nur von vielen Delegierten angenommen wurden. Auch Christoph Leitl lenkte seine Schritte zu den Apothekern.
- 2 Ein „MUSS“ für viele Bürgermeister: Die Autorennbahn der Hypo NÖ zog so manchen magnetisch an.
- 3 Besonders lange hielt sich Innenministerin Johanna Mikl-Leitner bei „ihrem“ Stand auf. Die Polizei präsentierte auf der KOMMUNALMESSE die Angebote für die Gemeinden.
- 4 Reger Betrieb herrschte beim Stand der Erste Bank Sparkassen.

BUNDESVORSTAND

THEMA ASYL BEHERRSCHTE DIE DISKUSSION

Eigentlich sollte es der Finanzausgleich und die Haushaltsrechtsreform sein, mit der sich der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes bei seiner Tagung beschäftigen wollte. Es kam anders.

Bereits in den Fraktionssitzungen beherrschte das Thema Asyl die Diskussionen. So heftig wurde debattiert, dass die Zeit völlig übersehen wurde und die gemeinsame Bundesvorstandssitzung mit fast 45 Minuten Verspätung begann.

Schlussendlich zog Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer einen Schlusstrich unter die Diskussion, die wieder alles in den Schatten zu stellen drohte. Um die Ausformulierung der Resolution, die sich natürlich mit diesem Thema befasste, sollte sich ein eigenes Team kümmern, damit im Bundesvorstand Raum für anderes blieb (*siehe auch Bericht rechts*).

Das Thema Flüchtlinge und die Finanzierung der Hilfe hatte auch Auswirkungen auf den Ablauf des Gemeindetages. Finanzminister Hans Jörg Schelling musste seine Teilnahme an der Fachtagung des Donnerstags absagen, weil sich eine dringliche Regierungsklausur mit der

» **Unsere Primärforderung** ist die Abschaffung des „Abgestuften“

Helmut Mödlhammer gibt die FAG-Marschrichtung vor

Bewältigung der finanziellen Situation bei der Flüchtlingsfrage befasste.

Mödlhammers Bericht an den Bundesvorstand handelte im Folgenden vor allem von der eher dramatischen finanziellen Situation der Gemeinden. Der massive Konjunkturereinbruch vom Juni zeigt, so der Präsident, erste Auswirkungen. „Einzelne Bundesländer stecken bereits in größeren Schwierigkeiten. Wenn sich der Einbruch bei der Grunderwerbssteuer weiter so fortsetzt, könnte es heftig werden.“

Der Bericht von den beginnenden Finanzausgleichs-(FAG-)Verhandlungen sorgte dann für kurzfristige Heiterkeit. Mödlhammer: „Erste FAG-Sitzung: Eröffnung. Zweite FAG-Sitzung: Feststellung, dass sich vor den Wien-Wahlen nichts tun wird.“ Die kommunale Marschrichtung ist jedenfalls klar: Die Abschaffung des abgestuften Bevölkerungsschlüssel und die Aufgabenreform. „Schelling will vor allem die Transfer-Frage angehen, aber ob es realistisch ist ...“ ließ Mödlhammer den Satz unvollendet. ●

RESOLUTION DES 62. GEMEINDETAGES IN WIEN

Beschlossen vom Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes am 10. September 2015

FLÜCHTLINGE: GEMEINDEN SIND BEREIT ZU HELFEN!

Die Gemeinden sind sich ihrer humanitären Verantwortung bei der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik bewusst. Erste Priorität hat die schnelle Bereitstellung adäquater Unterkünfte, damit Menschen nicht in Zelten oder im Freien leben müssen. Darüber hinaus ist eine innerhalb der Gebietskörperschaften abgestimmte Gesamtstrategie zur mittel- und langfristigen Bewältigung der Folgen der Flüchtlingskrise notwendig, bei der die verfassungsrechtlichen Kompetenzen von Bund, Ländern und Gemeinden gewahrt bleiben.

Nur mit einer Gesamtstrategie, die insbesondere die Bereiche Betreuung, Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit und Wohnen mit einschließt, können Staat und Gesellschaft die an sie gestellten Herausforderungen erfolgreich bewältigen. Der Österreichische Gemeindetag fordert daher:

1. Die Europäische Verantwortung für die Beseitigung der Ursache und die Bewältigung der Folgen der Flüchtlingskrise ist einzufordern. Es kann nicht sein, dass nur einige wenige Länder die Hauptlast bei der Aufnahme von Flüchtlingen tragen.
2. Es bedarf deutlich schnellerer und effizienterer Asylverfahren sowie der ausreichenden personellen Ausstattung der damit befassten Behörden. Ebenso sind umgehend geeignete infrastrukturelle Maßnahmen mit dem Ziel einer Entlastung der bestehenden Erstaufnahmezentren zu setzen.
3. Es ist Rechtssicherheit für die Gemeinden sowie Unterkunftgeber im Zusammenhang mit der Bereitstellung vor allem von Klein- und Kleinstquartieren sicherzustellen (Abbau bürokratischer Hürden). Bund und Länder sind auch aufgefordert, ausreichend finanzielle Mittel für den künftig erhöhten Bedarf an Wohnraum bereitzustellen.
4. Es muss eine an die jeweilige Gemeindestruktur und die vorhandenen infrastrukturellen und gesellschaft-

lichen Ressourcen angepasste Verteilung von Flüchtlingen ohne gesetzlichen Zwang stattfinden.

5. Die gesetzlichen Standards in den Kernaufgabenbereichen der Gemeinden (insbesondere Kinderbetreuung, Bildung und Soziales) müssen flexibilisiert werden, um die neuen Herausforderungen bestmöglich bewältigen zu können. Die Gemeinden benötigen Soforthilfen für die Betreuung der Flüchtlingskinder in den Kindergärten und Schulen.
6. Für die Integration von Flüchtlingen müssen ausreichende Ressourcen bereitgestellt werden. Dies betrifft insbesondere Deutschkurse und Vorbereitungsmaßnahmen für den Zugang zum Arbeitsmarkt. Tätigkeiten von Flüchtlingen im gemeinnützigen Bereich müssen erleichtert werden.

Die geplante Novelle zu einem Bundesverfassungsgesetz über die Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden wird die jetzige Problematik nicht lösen. Die De-facto-Kompetenzübertragung und das Durchgriffsrecht des Bundes wird als rechtlich bedenklich und politisch völlig verfehlt erachtet, sie stellen weder eine Basis noch einen Ersatz für eine zielführende Strategie Österreichs zur Bewältigung der Problematik dar. Schuldzuweisungen zwischen politischen Ebenen sind nicht geeignet, die Akzeptanz und das Verständnis der Bevölkerung für die gegenwärtige Situation zu stärken. Wir Gemeinden sind bereit zu helfen, aber die Rahmenbedingungen müssen stimmen.

Die weiteren Punkte der Resolution drehen sich um die Tatsache, dass ein „gerechter Finanzausgleich einer grundlegenden Aufgabenreform bedarf“ sowie um ein „zukunftstaugliches und finanzierbares Haushaltsrecht für die Gemeinden“.

Aus Platzgründen können wir diese Passagen hier nicht bringen, sie stehen aber auf www.kommunal.at zum Download bereit.





FOTO / GEMEINDEBUND

EHRE WEM EHRE GEBÜHRT

Der 63. Gemeindegtag führte am Mittwoch eine schöne Tradition weiter, nämlich die Ehrung verdienter Mitglieder. Heuer verlieh der Österreichische Gemeindebund das Ehrenzeichen und die Ehrenmitgliedschaft des Gemeindebundes an die Kärntner Ferdinand Vouk und Valentin Happe, an den Niederösterreicher Fritz Knotzer, den Vorarlberger Erwin Mohr sowie den Tiroler Helmut Ludwig.

Darüber hinaus durfte der Bundesvorstand des Gemeindebundes dem Chef der Kommunalkredit Austria, Alois Steinbichler, in Vertretung des Bundespräsidenten das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik überreichen. Mehr Infos auf www.gemeindebund.at und auf www.kommunal.at

ANGESAGT

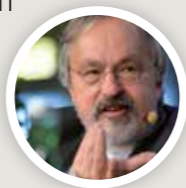
DAS WORT HAT ...

» Breitband ist für uns eine Überlebensfrage. Aber wir müssen schauen, dass die Gesellschaft nicht nur durch Technologie funktioniert, sondern durch Menschlichkeit.“



Helmut Mödlhammer im Zukunftsforum 1 zum Standortfaktor Infrastruktur“

» Die meisten Flüchtlinge haben ein Smartphone. Das eröffnet neue Wege, wie man von Seiten der Gemeinde mit ihnen kommuniziert.“



Franz-Reinhard Habel, Sprecher des deutschen Städte- und Gemeindetages.

» Bei der Reperaturmedizin sind wir in Österreich sehr gut aufgestellt, aber es bräuchte mehr Präventionsarbeit.“



Peter MacDonald, Obmann des Hauptverbands der SVA



ACTION DAY

SPIELZEUG FÜR GROSSE BUBEN

Beim Action Day nutzen die Aussteller einen der größten Vorteile, die eine Messe bietet: Die Besucher konnten nicht nur die Menschen hinter den Produkten kennenlernen, sondern auch die Produkte selbst aktiv erfahren.

Klotzen statt kleckern war das Motto des diesjährigen Action Days, und so sah man die Augen so mancher – überwiegend männlicher – Besucher glänzen, als sie sich hinter die Steuer etlicher PS-starker Maschinen klemmten und unterdrückte Allmachtsfantasien in überdimensional bereiften Kraftmaschinen ebenso ausleben konnten, wie sie missionarische Weltverbesserungsdränge in Straßenreinigungsmaschinen der nächsten Generation zu stillen versuchten.

Unangefochtenes Highlight, glaubt man den erfolgreichen Absolventen, war der Geschicklichkeitsparcours, bei dem man mit einem Caterpillar aus dem Hause Zeppelin Tennisbälle von verschiedensten Hindernissen bugsieren musste. So mancher lang geheger Sandkastentraum wurde auf diese Weise bei der Kommunalmesse endlich erfüllt. Ganz im Ernst: Die Gelegenheit, diverse Maschinen des kommunalen Fuhrparks einmal live in Aktion zu erleben, miteinander vergleichen zu können und selbst in Gebrauch zu nehmen, kam bei den Messebesuchern irr-sinnig gut an. Und dem Vernehmen nach freute sich auch die Messe Wien über einen perfekt gekärcherten Außenbereich. Erstmals wurde die angemietete Fläche sauberer zurückgegeben als übernommen.

Wenn das kein Prädikat für die Firmen RKM, Reformwerke, Nekam, Bakom, Zeppelin und Kärcher ist, was dann? ●



Impressionen von den Action Days auf der KOMMUNALMESSE in Wien. Die Firmen RKM, Reformwerke, Zeppelin, Kärcher, Bakom und Nekam ermöglichten den Besuchern, nach Herzenslust die Geräte zu testen. Unter anderem gab es sogar Geschicklichkeits-spiele mit kleinen Baggern und Tennisbällen. Mehr in der kommenden Ausgabe.



IMPULS

AND THE WINNER IS DELLACH IM GAILTAL

In einer furiosen Gala fand am Mittwoch-Abend die Verleihung des IMPULS-Innovationspreises 2015 statt. Gesamtsieger wurde Dellach im Gailtal.

Zu großer Form lief Moderator Udo Wenders auf, der „Mann, der seine Frisur offen trug“. Aufgrund der ähnlichen Frisur von Kommunalverlags-Chef Michael Zimper fand er in diesem, unter regelrechten Lachstürmen, seinen „Bruder für einen Abend“. Die Einleitung hielt Markus Ecker von Raiffeisen, der den Gemeinden als Ganzes Rosen streute: „Die Gemeinden haben eine Wahnsinns-Innovationskraft, wie wir bei Raiffeisen aus vielen Finanzierungsgesprächen wissen. Deswegen unterstützen wir auch den IMPULS.“ Michael Zimper ergänzte: „Wir suchen keine Ideen, wir suchen umgesetzte Projekte.“ Zimper dankte auch dem BMLFUW, das sich vor allem für die Klima-Kategorie engagiert hatte. Aus weit über 100 Einreichungen wurden 12 Projekte in die nähere Auswahl gezogen.

- Die Sieger nach Kategorien sind:
- **Verwaltung:** Gewonnen hat **Graz** mit dem Projekt „**Venuzle**“.
 - **Klima:** Sieger wurde **Hinterstoder** mit dem Projekt „**Hinterstoder sanft mobil**“.
 - In der Kategorie **Soziales Engagement** wurde **Dellach im Gailtal** mit dem Projekt **Alsole**. Der Sozialverein Alsole wurde 2006 von einer Handvoll Idealisten im Kärntner Dellach gegründet. Der Grundgedanke war und ist, ein alle Generationen umfassendes soziales Netzwerk zu schaffen, um damit die verschiedenen Anliegen in der Gemeinde abzudecken.
 - In der Kategorie **Baukultur** trug die Gemeinde **Zwischenwasser** mit dem **Kindergarten Muntlix** den Sieg davon.

Alle Projekte werden ausführlich auf www.kommunal.at vorgestellt.



- 1 Große Freude bei der Delegation aus Dellach im Gailtal.
- 2 Gespannte Erwartung herrschte bei den Besuchern des Oktoberfestes, die die IMPULS-Prämierung live mitverfolgten.
- 3 Für das BMLFUW überreichte Sekt-Chef Helmut Hojeski die Preise der Kategorie „Klima“.
- 4 Ein gekonnter Bieranstich von Günther Toth, Partner der KS-Steuerberatungskanzlei.



- 5 Manfred Matzka und die Preisträger der Kategorie „Verwaltung“
- 6 Dompfarrer Toni Faber hielt eine berührende Rede über den Wert sozialen Engagements.
- 7 Sabine Seidler, Rektorin der TU Wien überreichte am die Delegation aus der Gemeinde Zwischenwasser die Auszeichnung als IMPULS-Gewinner.

ANSAGEN UND STILBLÜTEN

DAS WORT HAT ...

„Bruader, samma jetzt per Du?“



Udo Wenders unter schallendem Gelächter zu Michael Zimper, der **schlagfertig antwortete:**

„No, i glaub' scho!“

„IMPULSe und soziales Engagement wollen wir unterstützen!“

Deshalb bekommt die Gemeinde Dellach von uns als Draufgabe noch 100 Karten für das Länderspiel Österreich – Liechtenstein.“



Markus Ecker, von Raiffeisen ertete für diese spontane Ankündigung einen echt Kärntner Begeisterungsturm

„Gemeinden sind es mittlerweile gewohnt, mit mobilen Devices zu arbeiten – und sie wollen es auch.“

Manfred Matzka, der IT-Hofrat im Bundeskanzleramt schlechthin präsentierte die Gewinner der IMPULS-Kategorie „Verwaltung“

„Es ist eine wahre Freude, Initiativen zu prämiieren, die sich um ein soziales Miteinander kümmern.“

Dompfarrer Toni Faber, fand in seiner Präsentation der Kategorie „Soziales Engagement“ berührende Worte



- 1 Christoph Leitl erinnert daran, dass die Gemeinden als einzige 2014 Schulden abgebaut haben.
- 2 Helmut Mödlhammer: „Wir verwalten uns zu Tode und wir kontrollieren uns zu Tode. Dagegen müssen wir ankämpfen!“
- 3 Johanna Mikl-Leitner berichtet über die erfreulichen, weil rückläufigen Zahlen der Kriminalitätsstatistik.
- 4 Rund 1700 Gäste verfolgten die Eröffnungsreden in der Halle C der Messe Wien.

Geht's den Gemeinden gut, geht's der Wirtschaft gut. Mit dieser Feststellung begann Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer die Eröffnung des heurigen Gemeindetages.

Diese Erkenntnis teilte auch Wirtschaftskammerpräsident Dr. Christoph Leitl in seiner Ansprache, in der er einerseits den Gemeinden für ihr Engagement und ihre Investitionen in Österreichs Wirtschaft dankte und andererseits dafür warb, nicht defensiv, sondern positiv die anstehenden Probleme anzugehen: „Sehen wir die Chancen und Möglichkeiten!“ Damit meinte er vor allem die derzeitige Flüchtlingssituation und Migrationsbewegungen. Er erinnerte daran, dass es die Gemeinden sind, die den Schnittpunkt zwischen Politik und gelebter Menschlichkeit darstellen. Ähnlich klang der Aufruf von Gemeindeministerin Mag. Johanna Mikl-Leitner. Angesichts der ständig steigenden Flüchtlingszahlen „braucht es ein Mehr an Solidarität“. Dabei lobte sie die gute Zusammenarbeit von Innenministerium und Gemeinden im polizeilichen, aber auch im verwaltungstechnischen Bereich und unterstrich ihre Hoffnung, das Instrument zur direkten Flüchtlingsunterbringung durch die Republik niemals einsetzen zu müssen. Alle Redner waren sich einig darin, dass „wir Europa brauchen“, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Dabei müsse man Beachtung darauf nehmen, den gegenseitigen Respekt aufrecht zu erhalten, so Mödlhammer. ●



ERÖFFNUNG GEMEINDETAG

SEHEN WIR DIE CHANCEN

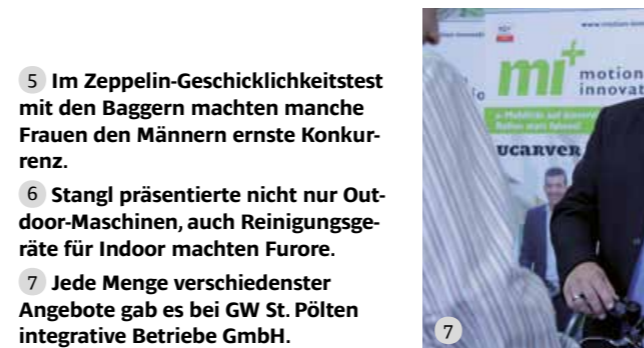
Asylthema überschattet den 62. Österreichischen Gemeindetag. Fast 1500 Delegierte aus allen Gemeinden Österreichs waren bei der Eröffnung.

KOMMUNALMESSE

BILDER EINER AUSSTELLUNG

Delegierte aus ganz Österreich informierten sich an den ersten beiden Tagen der KOMMUNALMESSE über die Angebote der Wirtschaft für Österreichs Gemeinden.

- 1 Das schöne Wetter des Donnerstags lockte viele Besucher auf das Freigelände.
- 2 Sonnenschein stand auch beim Photovoltaik-Anbieter S&H Connect im Mittelpunkt.
- 3 Die Errichtung und Sanierung kommunaler Bauten, Mauerentfeuchtung und Infrarotwandtrocknung hat sich die Firma Haustrocknen.com auf ihre Fahnen geschrieben.
- 4 Alles über das Thema Reinigung und Hygiene gab es beim Stand von hollu zu erfahren.



- 8 Kommunale Beleuchtung und Weihnachtsbeleuchtung gab es beim Stand der Firma Posch zu bestaunen.
- 9 Auch heuer wieder hatten die Delegierten Gelegenheit, mit schmetternden Schlägen ihre eigene Gedenkmünze zu prägen.



- 10 Der Stand von Porr Bau hatte keine Schilder nötig. Viele Delegierte kamen vorbei, um sich Infos zu holen.
- 11 Die Krankentransporter vom Grünen Kreuz stellten ihr Leistungsspektrum vor.
- 12 Die Experten von Kigago hielten nicht nur spannende Vorträge, auf ihrem Stand informierten sie noch detaillierter über ihr Angebot.

+

BILDERGALERIE
 Mehr Eindrücke und Fotos online auf www.flickr.com/photos/134119981@N02/albums/ oder über die Website www.kommunal.at

FACHTAGUNG

EINE AUFGABENREFORM
TUT NOT

Zuerst hieß es, er kommt nicht. Umso größer war die Überraschung, als Finanzminister Hans Jörg Schelling am Ende der Fachtagung dann doch erschien.

Viele hatten es wohl für eine billige Ausrede gehalten, als bekannt wurde, dass der Finanzminister sich wegen der Vorbereitung auf den heute stattfindenden Asylgipfel entschuldigen ließ. Dass er dann, als die Fachtagung schon fast zu Ende war, plötzlich doch im Saal stand, wurde allseits als Zeichen der Wertschätzung der Gemeinden angesehen. Moderator Peter Filzmaier nutzte die Gelegenheit und verlängerte die Veranstaltung.

Inhaltlich brachte Schelling die selben Forderungen wie auch schon im Interview in der September-Ausgabe von KOMMUNAL: Wichtig sei es, dass Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten in eine Hand kommen. Und diejenige politische Ebene, die eine Aufgabe übernimmt, solle auch die dafür notwendigen finanziellen Mittel bekommen – also nicht über den Umweg von Transferzahlungen. Möglichkeiten, die bestehen, sollten auch wahrgenommen werden müssen. Es sollte nicht möglich sein, dass eine Gemeinde beispielsweise auf die Grundsteuer verzichtet, aber im Finanzausgleich dafür Geld verlangt.

Die Frage nach der Aufgabenreform war auch schon zu Beginn der Veranstaltung gestellt worden. Filzmaier hatte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer mit einer Aussage, die ebenfalls aus dem September-Heft von KOMMUNAL stammt, konfrontiert. „Die Ausgabenreform ist de facto abgesagt“, heißt es dort. Und: Es sei zu befürchten, dass alles noch komplizierter werde als bisher. Mödlhammer stellte klar, dass eine Neuaufteilung der Kompetenzen enorme Einsparungen bringen würde. Aufgaben soll-

„**DIEJENIGE EBENE, DIE EINE AUFGABE ÜBERNIMMT, SOLL AUCH DIE DAFÜR NOTWENDIGEN MITTEL BEKOMMEN.**“

Finanzminister
Hans Jörg Schelling

ten von jener Ebene gelöst werden, die das am besten könne. Als Beispiel nannte er die Kinderbetreuung. Derzeit seien die neun Länder, fünf Ministerien und die 2.100 Gemeinden zuständig. „Die Gemeinden hätten die Kompetenz, das zu managen“, meinte der Gemeindebund-Chef.

Ministerialrat Anton Matzinger vom Finanzministerium, der eigentlich Schelling vertreten sollte, stellte klar, dass an einer Aufgabenreform gearbeitet werde, warnte aber vor zu großen Erwartungen. „Eine FAG-Reform kann nicht eine Staatsreform ersetzen.“

Bei der Diskussion über die Sinnhaftigkeit eines Steuerwettbewerbs stellte sich die Kärntner Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig auf die Seite derer, die einen derartigen Wettbewerb ablehnen. „Das würde die Sache nur noch komplizierter machen, ohne dass sich im Ergebnis viel ändern würde“, meinte sie. In einem vereinten Europa solle es eher eine Angleichung der Steuern geben. Moderator Filzmaier vermutete, dass Schaunig vor allem aus ihrer Sicht als Finanzreferentin des Landes Kärnten sprach, weil man sich dort einen Steuerwettbewerb einfach nicht leisten könne. Ganz anders sah die Angelegenheit Ministerialrat Matzinger. „Experten sehen die mangelnde Steuerautonomie der Länder als Effizienzbremse“, sagte er. In der Schweiz, wo es wesentlich mehr Autonomie gibt, denke niemand daran, das System zu ändern. Natürlich wolle man kei-

ne zweite Steuerverwaltung, aber „wir wollen, dass die Länder mehr entscheiden können, wie viel sie einnehmen.“

Finanzexperte Gottfried Haber von der Donau-Universität Krems nahm eine Vermittlerposition ein: Er sprach sich im Wesentlichen für mehr Autonomie aus, meinte aber, dass sich nicht alle Steuern dafür eignen würden. Die Grundsteuer eigne sich allerdings gut, eine Steuerautonomie zu verwirklichen.



Titel der Fachtagung war „Gerechte Verteilung der Mittel, kommunales Rechnungswesen und die Auswirkungen der Steuerreform“. Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer, die Kärntner Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig, Univ.-Prof. Gottfried Haber und Manfred Matzinger vom Finanzministerium (der bis zum Eintreffen von Minister Schelling diesen vertrat) diskutierten unter der Moderation von Peter Filzmaier.



Unmittelbar nach der Regierungsklausur war Hans Jörg Schelling ins Auto gestiegen und zur Fachtagung gekommen. – und bewies damit einen Mut, den etliche Regierungsmitglieder nicht aufgebracht hatten.

In der Frage der Haushaltsrechtsreform wehrte sich Mödlhammer dagegen, dass den Gemeinden oft vorgeworfen wird, Schulden zu verstecken. „Das stimmt nicht“, sagte er. „Wir wollen klare Regelungen. Man soll sehen, wie viele Schulden eine Gemeinde hat.“ Auch Gaby Schaunig meinte: „Wir brauchen neue Spielregeln, um mehr Transparenz zu erreichen.“ Eines sei aber zu beachten: „Was betriebswirtschaftlich nötig ist, kann volkswirtschaftlich falsch sein.“ Ein Staat, ein Land oder eine Gemeinde könne nicht wie ein Unternehmen agieren.

Gemeindebund-Chef Mödlhammer forderte auch eine Bremse für die Gesetzesmaschinerie.

„Wir brauchen nicht jede Woche ein neues Gesetz!“ rief er in den Raum und erntete damit den Applaus des Publikums. Den Gemeinden werde ständig durch neue Vorschriften Prügel zwischen die Beine geworfen. Als Beispiel nannte er die von mancher Seite geforderte Akademisierung von Pflegepersonal oder Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen. Experte Haber meinte, dass es in einem Land von der Größe Österreichs in vielen Bereichen sinnvoll sei, wenn es Vorgaben auf Bundesebene gibt. Es solle aber die Möglichkeit geben, Mindeststandards zu übertreffen – etwa bei der Mindestschülerzahl in Schulklassen. „Eine Gemeinde soll durchaus die Möglichkeit haben, Schwerpunkte zu setzen und für eine Sache mehr auszugeben und dafür bei einer anderen zu sparen.“



ICH WOLLTE SCHON
IMMER **IN DER ZIB-2** DIE
ROLLE DES INTER-
VIEWERS ÜBERNEHMEN.“

**Peter Filzmaier bei der Fachtagung
zu Finanzminister Schelling.
Der antwortete schlagfertig:**

„ICH AUCH.“



- 1 Das Informationsangebot von Raiffeisen Leasing wurde gerne angenommen.
- 2 Einen eigenen Info-Stand hatte die „Initiative Pro Steildach“.
- 3 In Zeiten wie diesen ist eine gute Versicherung unabdingbar – wie der Andrang am Stand der Wiener Städtischen zeigte.
- 4 Ein Renner am Freigelände waren die Produkte von Husqvarna.
- 5 Beim Stand des Leuchtenexperten Philips ging den Besuchern im wahren Sinn des Wortes „ein Licht auf“.
- 6 Viele Beratungsgespräche führte die Bank Austria-Kommunalmannschaft um Stefan Figl.
- 7 Die Ausstattung kommunaler und öffentlicher Einrichtungen, Fahrradinfrastruktur, Außenmöblierung stand bei Innovametal auf dem Programm.



BILDERGALERIE

Mehr Eindrücke
und Fotos online auf
[www.flickr.com/
photos/
134119981@N02/
albums/](http://www.flickr.com/photos/134119981@N02/albums/)
oder über die Website
www.kommunal.at



IMPRESSUM Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at
Geschäftsführung Mag. Michael Zimper
Redaktion Tel.: 01/532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 15 helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak hussak@kommunal.at; **Grafik** Thomas Max - DW 42 thomas.max@kommunal.at